Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11030

17. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Beer, Amke Dietert-Scheuer, Dr. Uschi Eid, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/8564 –

Unterbindung der Lieferung von Beobachtungs- und Aufklärungsgeräten zur mobilen Grenzüberwachung einschließlich Satellitentelefonen an die Türkei

A. Problem

Rücknahme der bereits erfolgten Genehmigung für die Lieferung von Beobachtungs- und Aufklärungsgeräten zur mobilen Grenzüberwachung an die Türkei sowie Unterbindung der Auslieferung aufgrund sozialer und menschenrechtlicher Bedenken. Einführung eines formalisierten Verfahrens zur systematischen Erfassung und Gewichtung von ökologischen, sozialen, entwicklungs- und friedenspolitischen Faktoren und Kriterien bei der Vergabe von Hermes-Krediten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/8564 –.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/8564 – abzulehnen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Dr. Christian Ruck**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Christian Ruck

I.

Der **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/8564** – wurde in der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Oktober 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß sowie den Verteidigungsausschuß überwiesen.

II.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt in ihrem Antrag fest, daß die Bundesregierung eine Bürgschaft für die Lieferung von Beobachtungs- und Aufklärungsgeräten zur mobilen Grenzüberwachung einschließlich Satellitentelefonen übernommen habe. Die Antragsteller gehen davon aus, daß die Geräte der Grenzüberwachung und der Reglementierung der kurdischen Bevölkerung dienen sollen. Sie fordern daher, die Bundesregierung soll die bereits erfolgte Genehmigung für die Lieferung der Beobachtungs- und Aufklärungsgeräte zurücknehmen und aufgrund sozialer und menschenrechtlicher Bedenken die Auslieferung unterbinden. Außerdem wollen die Antragsteller ein formalisiertes Verfahren zur systematischen Erfassung und Gewichtung von ökologischen und sozialen entwicklungs- und friedenspolitischen Faktoren und Kriterien bei der Vergabe von Hermes-Krediten einführen. In dem Antrag wird weiterhin betont, die Lieferung von Mitteln zur Überwachung der Grenze sei gerade angesichts der mehrfachen, völkerrechtswidrigen Interventionen der Türkei in den Irak ein besonders schwerwiegendes Problem.

III.

Der **Auswärtige Ausschuß** hat in seiner 77. Sitzung am 14. Januar 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der **Verteidigungsausschuß** hat in seiner 68. Sitzung am 12. November 1997 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat die Vorlage in seiner 87. Sitzung am 17. Juni 1998 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., einer Stimme aus den Reihen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/8564 – zu empfehlen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Dr. Christian Ruck

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333